

Erhalten möglichst schnell mit dieser Beilage. Nach Berlin-Befehl: „Der Welt-Spiegel“, „Morgen-Spiegel“, „Mittags-Spiegel“, „Abend-Spiegel“, „Nacht-Spiegel“, „Morgen-Spiegel“, „Mittags-Spiegel“, „Abend-Spiegel“, „Nacht-Spiegel“.

Verleger: Rudolf Spillner, Berlin, Unter den Linden 100. Druck: Rudolf Spillner, Berlin, Unter den Linden 100.



Verleger: Rudolf Spillner, Berlin, Unter den Linden 100. Druck: Rudolf Spillner, Berlin, Unter den Linden 100.

Vertrieb: Berlin, Potsdamer Str. 100; Hamburg, Neumarkt 100; Köln, Friedrichstr. 100; Leipzig, Hauptstr. 100; Breslau, Hauptstr. 100; Danzig, Hauptstr. 100; Königsberg, Hauptstr. 100; Posen, Hauptstr. 100; Stettin, Hauptstr. 100; Danzig, Hauptstr. 100; Königsberg, Hauptstr. 100; Posen, Hauptstr. 100; Stettin, Hauptstr. 100.

Berliner Tageblatt

Nr. 109 Ausgabe für Berlin 37. Jahrgang Sonntag, 4. März 1928

Die Erklärungen Groeners. Mussolinis Antwort an Geipel.

Entweder der „Zustimmung“ nicht mehr „kaiserlich“, oder Austritt der aktiven Offiziere. — Die Behauptung der Reichsmarine durch Ehrhardt-Geule der „Organisation Consul“. — Energi-ches Vorgehen angeündigt.

Der Reichswehrminister General Groener hat gestern im Ausschuss des Reichstags Erklärungen abgegeben, die insofern geradezu ungläubliche Zustände herbeiführen, aber — und das ist das Entscheidende — doch zugleich beweisen, daß nun an der letzten Stelle des Reichswehrministeriums ein neuer Wind zu wehen beginnt. Groener hat gestern, durchdrungen von ernstem Verantwortungsgewußt, mit einem festen Willen, endlich einmal Ordnung zu schaffen, der Autorität des neuen Staates und seiner eigenen Autorität Respekt zu erlangen und verbrecherisch im Dunkel wühlenden Intriganten das Handwerk zu legen, nicht geübelt werden darf. Die Bestimmtheit seiner Sprache läßt die Erwartung zu, daß er nicht nur, wie man es früher gesehen hat, die üblichen „heilen Wunden“, sondern auch die Kraft, seinen Willen durchzusetzen, haben wird. Geht er, ohne sich irreführen und einschüchtern zu lassen, auf diesem Wege vorwärts, so wird bald, nur natürlich, nicht den Kräfte unerschöpflicher Republikaner und in den Schlusspunkten lichterführer Kampfer, erkannt und anerkannt werden, daß der Tag, an dem er Reichswehrminister wurde, ein guter Tag für das Volk, für das Reich, für die Reichswehr und die Marine gewesen ist.

Groener ist gestern auf die Fragen, die den sogenannten „kaiserlichen „Zustimmung“ in Kiel betrafen, eingegangen. Mit diesem „kaiserlichen“ Klub hat er sich unter anderem die Abgeordneten v. Nidderhagen, Dr. Ludwig Haas und Eggert befähigt. Es ist eine unumkehrbare Manifestation, wenn der Klub, als gingen ihn die neue Zeit und der neue Staat gar nichts an, sich heute noch „kaiserlich“ nennt. Vängt hätte es als selbstverständliches erscheinen und hätte dafür geteilt werden müssen, daß Angehörige der Reichswehr und der Reichsmarine und auch alle anderen im Dienste der Republik stehenden Personen nicht auf der Willkür eines einzelnen Mannes figurieren können. Dazu kommt, daß in dem Klub „kaiserliche“ besteht sind, monarchistische Reden gehalten werden und der Wiederum die Treue zum angefallenen Herrscherhaus bewahrt. General Groener hat gestern erklärt, er werde mit dem Wortlaut über die Verwendung des Klubs in einem Verhandlung und halte, falls diese Verhandlungen scheitern sollten, die Zugewandtheit der Marineangehörigen zu diesem Klub nicht für angezeigt. Man wird ja wohl bald erfahren, wie sich der Klub vorlaut in den Vorlesungen des Reichswehrministers zu stellen gedenkt. Er wird, daran kann wohl kein Zweifel sein, auch alle notwendigen Organe dafür geben müssen, daß unter dem veränderten Namen Offiziere der Marine und der Reichswehr nicht abermals in die Verlegenheit geraten können, Zeugen monarchistischer Verschwörungen zu sein.

Nach wichtiger war die Erklärung Groeners, die das ungeschwehliche Treiben der „K. V. E. U.“, der im Dunkel hantierenden, heimlichen und intrigierenden Zentrierten aus dem Ehrhardt-Geule in Fußstapfen betraf. Der sozialdemokratische Abgeordnete Weilmann hat, wie man weiß, auf dem Freuentag der Sozialdemokratische Dokumente, eine ganze Korrespondenz dieser heimlichstehenden, herumlauernden „Konful“-Verchwörer vorgelesen, und der „Vorwärts“ hat dann das Material noch durch einige eigene Stücke ergänzt. Der erste der im mitgeteilten Briefe war ein Schreiben des Korvettenkapitän A. D. Götzling aus Flensburg, datiert vom 11. März 1926, an einen gewissen Flaas. Es hieß unter anderem darin:

„Zur meiner Beziehungen zur Marine war es mir gelungen, zunächst in eigener Person ehrenamtlich das ungeschwehliche in eigener Station Offiziere und den Verbänden schließlich zu werden. Das hat sich dahin angeordnet, daß in der Folgezeit folgen mein Nachfolger selbstverständlich aus dem Wiking bzw. dessen Vorläufer genommen und allmählich in eine beidseitige Stellung geschoben wurde, so daß der Weirichter Schleswig-Holstein des Wiking-Bundes gleichzeitig W. M. der Station I und eine Art Kommandant beim sogenannten Führer der W. M. D. in Kiel, dem Kommandanten mit. Die Endlage ist also, die Station befindet aus ihren schwarzen Mitteln den Weirichter des Führer der W. M. D. in Schleswig-Holstein ist... Ich kann mir nichts Besseres vorstellen, als die Marine und die W. M. D. mit Wikingern zu „verschmelzen“ und dies von der Marinehochbegehren zu lassen.“

Der Empfänger dieses Briefes, wurde bei der Station Offiziere untergebracht, versuchte nun selber einen Ge-

Mussolinis Antwort an Geipel.

„Das nächste Mal rede ich nicht, sondern lasse die Laten sprechen.“

„Südtirol keine internationale Frage.“

Zwangmaßnahmen gegen deutsche Beamte in Bozen. — Unterdrückung der deutschen Zeitungen Südtirols angekündigt. (Telegramm unferes Korrespondenten.)

St. Rom, 3. März.

Mussolini hielt heute mittags 4 Uhr die erwartete Rede in der Kammer. Das Gaus war voll besetzt, alle politischen Persönlichkeiten waren anwesend. Nicht erschienen waren der Reichsminister Deutschlands und der Gesandte Österreichs. Einleitend betonte Mussolini, seine Antwort komme etwas spät, weil er den stenographischen Wortlaut der im österreichischen Nationalrat gehaltenen Rede habe lesen wollen. Sodann habe er durch eine Unterredung mit dem Wiener Gesandten Kappeler über die Stimmung, die Vorgeschichte und den Abbruch der Rede sich erkundigen wollen. Nicht zuletzt habe er einen genügenden Zwischenraum schaffen wollen, um den Zweifellosen von einer allzu dramatischen Annahme zu befreien. Spätküßte der Duce hinzu, Gambial sehe noch nicht vor, den Loren, Herr Geipel auch nicht. Er habe überlegt, ob überhaupt antworten solle; er tue es nur aus Respekt für Geipel. „Ich füge“, fuhr er fort, hinzu, daß dieses das letzte Mal ist, daß ich über die Südtiroler Frage spreche. Das nächste Mal rede ich nicht, sondern lasse die Laten sprechen. Ich spreche ein Kapitel Geschichte nicht für die Italiener, die sie kennen, sondern für die Welt, die sie vergessen hat. Dann zählt der Duce die Fälle auf, in denen Italien dem österreichischen Staat geholfen habe. Wenn er heute an diese Freundschaftsbeweise erinnere, so tue er das nicht, um Österreich seine Unabankbarkeit vorzuwerfen. „Mehere Freundschaft gegenüber Österreich hat sich seit zehn Jahren nach drei Richtungen ausgewirkt. Zuerst war sie eine, ich möchte sagen soziale und menschliche Angelegenheit. Dann kam eine heute noch nicht abgeschlossene zweite der finanziellen Hilfe, die durch italienische Beiträge ermöglicht wurde. Endlich spielte sich ein drittes rein politisches Stück ab, im Verlauf dessen die unermessliche Unterstützung Italiens Österreich eine große Hilfe brachte. Ich möchte auf diesem letzten Punkt etwas verweilen. Gemäß Artikel 49 des Vertrages von St. Germain sollte eine Volksabstimmung im Südtiroler Gebiet stattfinden. Diese Volksabstimmung erfolgte im Oktober 1920 unter dem Vorbehalt eines internationalen Ausschusses, dem Silvio Pogliani angehört. Es kam eine Zeit, wo die Verhandlungen mehr oder weniger regulärer diplomatischer Elemente sich verwickelten, wie aus folgender, von Marchese della Torretta gelangten Depesche hervorgeht: „Der österreichische Minister des Auswärtigen teilt mir dringend mit, daß er aus zuverlässigen Meldungen erfahren hat, neue Infanteriebataillone und Artillerieabteilungen seien von den Südtirolern in die Nähe von Udine geschickt worden. Unter diesen Umständen wünscht die österreichische Regierung, daß sie die Abnahme unserer Truppen verhindern.“ Dies geschah. Das Ergebnis der Volksabstimmung war Österreich günstig. Marchese della Torretta telegraphierte am 14. Oktober 1920: „Aber Wenner der derzeitige Konsul teilt mir das Ergebnis der Volksabstimmung mit und bittet mich, der königlichen Regierung den Ausdruck meiner Dankbarkeit für die Hilfe zu übermitteln, die sie freier der Abstimung gewährleistet.“ Ein Jahr später kam die Frage des Burgenerlandes aus Kapet. Nach dem Abkommen von Venezia telegraphierte der Konsul Schöber an den derzeitigen Minister des Auswärtigen folgendes: „Beim Verlassen des italienischen Bodens ist

es mir ein Bedürfnis, Eurer Excellenz meinen herzlichsten Dank zu wiederholen.“

Nach Beginn des föderalistischen Regimes habe sich nichts an dieser Haltung geändert. Es gebe keine internationale Frage für ein so kleine Minorität wie die in Südtirol. Diese Minorität sei, verglichen mit 42 Millionen Italienern, vollkommen unerheblich. Die Italiener behaupten, es gäbe Abmachungen und Verpflichtungen der früheren nichtföderalistischen Regierungen. Wir achten die Rechte, aber führen uns nicht im geringsten gebunden an mündliche Versicherungen von Männern, die einem überkommenen System angehören. Da man begriffen hat, daß man das diplomatische Gebiet nicht beschreiten kann — Bundeskanzler Geipel selbst hat sich genötigt, dies zu tun —, versucht man, die Frage auf das Gebiet politischer Neutralität zu tragen und spricht von einem System der Neutralität, von garantierten Verträgen, von Verträgen, die durch die historische föderalistische Disziplin eingehalten werden sind. All dieses ist nicht nur falsch, sondern in höchstem Maße lächerlich. Von den beiden einzigen Verträgen fremder Herkunft, die in einen Zwangsunterschied verwickelt worden sind, ist der eine fast unmittelbar danach freigegeben worden. Dem anderen wurde die Frage vermindert, er wurde in Freiheit gesetzt worden, wenn im Ausland kein Gehörtaug eingeleitet hätte. Kein Staat, der Stellung vor sich selbst hat, daß derartige ausländische Einmischungen die Verträge, von denen ich spreche, werden nicht in Zwangsunterschied verwickelt, weil sie Deutsche waren. Sondern weil sie Antiföderalistischen waren, d. h. Antirevolutionäre. Die Föderalistische Partei beschränkt sich auf dies. Nichts anderes erträgt.“

Es befanden sich 376 deutsche Beamte in Südtirol und Bozen. Da man dafür kein Verständnis habe, würden diese Beamten jetzt vor die Wahl gestellt, entweder sich nach anderen Provinzen verpflanzen zu lassen oder ihre Entlassung zu nehmen. Nach sechs Jahren föderalistischen Regimes würden in der Provinz Bozen fünfzehn deutsche Zeitungen gedruckt. Aber da unsere Gesundheit gefährdet wurde, gebe ich eine letzte Warnung: Wenn die antiföderalistische Kampagne fortdauert, ist das Schicksal der deutschen Zeitungen besiegelt und sie werden aufgehoben.“

Dann trat der Duce, welches der besondere Grund für die föderalistische Manifestation Geipels sei und antwortet: „Zunächst ist diese gar nicht plöglich, sie ist nur der Gipfel einer Kampagne, die seit Jahren dauert. Das Deutschland schreit, weil es angeht das fallen Willens des föderalistischen Italiens die Partei als verloren gibt. Schon sind bedeutende Schriftsteller und Journalisten Deutschlands zu diesem Schluß gekommen. Welche? Die Red.“ Man müßte auf einige Artikel, die jenseits des Brenner gedruckt worden, anerkennen.

Der Föderalismus ist kein Ausnahmestück für den Kaiserbund und Gen! (Der Redner wies bei diesen Worten auf) Citta Hoffnungen wären es, wenn der Kaiser das sich in die Frage der Widerheiten verlieren wollte. Da läßt die Anklage bald auf der Anklagebank. Nun sage ich ein letztes Mal, daß jede Manifestation jenseits des Brenners unnütz und schädlich ist. Die Zeit wird dazukommen, daß treue Reden keinen Effekt haben, als den Föderalismus zu belegen. Wir wollen Freunde mit den Deutschen bleiben, deren Wert wir anerkennen. Aber wir haben für die Sicherheit von 42 Millionen Menschen zu sorgen.“

Die Rede war häufig von Zustimmung unterbrochen. Zum Schluß gab es föderalistische Ovationen.

Marine mit einem Spiegele zu überlegen. Der Zweck war selbstverständlich, die Entwidmung eines staatsreueren Geistes in der Marine zu verhindern, das Terrain für neue Aufschlüsse zu bearbeiten, „unfähige“ Elemente zu verdrängen oder lahmzulegen, kurz und gut die Reichsmarine ganz unter den Einfluss der famolen „Wiking“ zu bringen. Diese Handlung, alle militärische Disziplin und Ordnung untergrabende Tätigkeit der Organisation ansprechen, und unähnlich zu bürgerlicher Arbeit, dank der vom republikanischen Staate ihnen gewählten Abenteuerleben widmen, war nur möglich, weil sie im Offizierskorps der Reichsmarine Schiffer, Gönner und Sandgländer land. Groener hat gestern selbst mit Bedauern konstatiert, daß die politische Haltung der Flotte in ihrer Entwicklung noch nicht genügend vorgegriffen sei, und betont, die Standesherren der Ehrhardt-„Wiking“ — anders könne er es nicht nennen — hätten den letzten Stellen in der Marine das Leben recht schwer gemacht.“

Der neue Reichswehrminister nahm kein Blatt vor den Mund. Endlich einmal wurde offen gesprochen, entlastig

stossen in das Reichsmarinamt zu schieben und machte sich in mehreren Briefen, vom Oktober und November 1927, also ganz neuen Datums, an einen Freund namens Tegelmann:

„Wir brauchen einen Mann für eine halbföderalistische Dauerstellung, der unbedingt zuverlässig auf den Chef eingestellt sein muß. Er würde eine sehr interessante Tätigkeit ausüben, und war hier in Berlin.“

„Die Hauptaufgabe wäre, über alles, was irgend wie zu Beabsichtigungen sich unterrichtet zu sein. Glaubt ihr, daß eine solche Rolle spielen kommt, und die politische Trottelhaftigkeit eines Vorgehens nicht zum Objekt eines Optimismus machen könnte.“

„Wir haben dann noch eine weitere Verbindung, durch die es gelungen ist, euren bisherigen Vorgänger abzuhäufeln. Bitte, äußert euch bald, ob ihr ins Reichsmarinamt einziehen wollt.“

Es kam also darauf an, der Organisation Consul fortgesetzten Einfluß in die Tätigkeit der Reichsmarine zu verschaffen, „trottelhafte“ Vorgehens zu überwinden, die ganze